Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

UMKEHR DER ALLIANZEN?

In den ersten Septembertagen haben zwei Ereignisse mit eindrücklicher Deutlichkeit demonstriert, daß das Bild einer in zwei Blöcke zerfallenen Welt nur noch bedingt Gültigkeit hat. Der Desintegrationsprozeß ist im Osten wie im Westen so weit fortgeschritten, daß sich neue Mächtekonstellationen ergeben. Ob sich damit bereits die Anfänge eines *Renversement des alliances* abzeichnen, läßt sich im Augenblick zwar noch kaum beurteilen. Tatsache bleibt aber, daß die neuen Fronten heute quer durch die alten, vertraglich festgelegten Blockbildungen verlaufen und damit das Gefüge dieser Bündnisse aufs stärkste auflockern.

Zankapfel Kaschmir

Am deutlichsten ist diese Tendenz zur Umkehr der Allianzen erkennbar in der Ausweitung des Konfliktes um *Kaschmir*. Bei der Teilung Indiens im Jahre 1947 hatten sowohl Indien wie Pakistan Anspruch auf Kaschmir erhoben, und es war zu Kämpfen gekommen, die erst zwei Jahre später durch einen Waffenstillstand beendet werden konnten. 1949 wurde im Ende-Feuer-Abkommen auch eine Linie festgelegt, die den Staat Kaschmir in einen unter indischer Kontrolle stehende und eine sich an Pakistan lehnende Hälfte teilte. Der Waffenstillstand war eine Lösung, die keine der beiden Seiten befriedigte. Der Konflikt schwelte weiter. Eine Verschärfung erfuhr er nach dem indisch-chinesischen Krieg vom Herbst 1962, in welchem sich Pakistan zurückgehalten hatte — wohl in der Hoffnung, bei Indien in einem späteren Zeitpunkt Verständnis für die pakistanischen Forderungen in Kaschmir zu finden. Aber diese Erwartung erwies sich als trügerisch. Das durch die Niederlage im Kampf gegen China gedemütigte Indien konnte es sich nicht erlauben, dem pakistanischen Nachbarn gegenüber Entgegenkommen zu zeigen. Pakistan selber, erbittert über die immer stärkere Unterstützung in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht, welche die USA dem neutralistischen Indien gewährten, suchte Anlehnung an Indiens stärkstem Feind, *China*. Auf dem indischen Subkontinent kam es zu einer völligen Verkehrung der Fronten: das im Cento-Pakt und in der SEATO in die westlichen Verteidigungsbündnisse eingegliederte Pakistan stand nun in einer Linie mit dem kommunistischen China, während das weiter an seiner Nichtverpflichtung festhaltende Indien gezwungen war, sich in immer stärkerem Maße auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu stützen.

Ausweitung des Konflikts

Aus dieser Situation heraus ist die Ausweitung des Kaschmirkonflikts zu verstehen, der nun in einen *unerklärten Krieg* zwischen Indien und Pakistan gemündet hat. Die Ausdehnung der Kontroverse vollzog sich stufenweise: Unruhen in Kaschmir und Verletzung der Waffenstillstandslinie durch Streitkräfte des auf pakistanischer Seite stehenden Azad-Kaschmir, Unterstützung der einheimischen Kaschmiri durch reguläre pakistanische Truppen, Hinausgreifen der Zusammenstöße über die Waffenstillstandslinie hinaus auf die Grenze zwischen Pakistan und Indisch-Kaschmir und schließlich Ausweitung zur direkten militärischen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan durch den indischen Angriff auf *Lahore* am 6. September.

Es ist noch nicht abzusehen, ob damit die letzte Stufe dieser «escalation» erreicht ist. Die indische Hoffnung auf einen überraschenden Blitzsieg ist jedenfalls fehlgeschlagen; die Pakistani leisteten erbitterten Widerstand und trieben die an drei Punkten auf pakistanisches Territorium eingedrungenen Inder wieder zurück. Inzwischen ist auch

China auf dem Kampfplatz erschienen und hat durch massive Drohungen mit Vorstößen gegen Sikkim und Ladakh das neutralistische Indien eingeschüchtert. Wie weit Peking zu gehen entschlossen ist, kann nur vermutet werden; sein indirektes Engagement in Vietnam dürfte ihm in einer Aktion gegen Indien wohl gewisse Grenzen setzen.

Auf der andern Seite üben die Sowjetunion und die USA bisher Zurückhaltung. Durch die Einschaltung der *Vereinigten Nationen* in den Konflikt, der im Sicherheitsrat sowohl Moskau wie Washington zustimmten, haben sie die Verantwortung auf die Schultern der Weltorganisation abgewälzt. Es ist verständlich, daß die Amerikaner nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit keine große Lust zeigen, durch eine Intervention in diesen Konflikt neue zusätzliche Komplikationen in Asien zu schaffen. Auch die Moskauer Führung, die mit Vorsicht um ideologische und politische Klippen laviert, die ihr Chruschtschew als Erbe hinterlassen hat, hat alles Interesse, den indisch-pakistanischen Konflikt so rasch als möglich friedlich beigelegt zu sehen, wie Kossygins Vorschlag auf Einberufung einer Friedenskonferenz nach *Taschkent* zeigt. Ob unter diesen Umständen die USA ihre neutrale Haltung auf die Dauer beibehalten können, erscheint fraglich. Der indisch-pakistanische Konflikt birgt zu viele Verwicklungsmöglichkeiten in sich, als daß ihm gegenüber Amerika — falls U Thants Friedensmission scheitern sollte — tatenlos bleiben kann.

De Gaulles Absage an NATO und EWG

Der zweite Anlaß, der die Fragwürdigkeit des gegenwärtigen Systems der Bündnisse in Erinnerung rief, war die *Pressekonferenz Präsident de Gaulles* vom 9. September. Zwar hat der französische Staatschef diesmal auf einen spektakulären Paukenschlag — ähnlich jenem vom 14. Januar 1963, als er sein Veto gegen einen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt aussprach — verzichtet. Trotz dieser äußerlichen Zurückhaltung waren de Gaulles Worte jedoch wiederum sehr deutlich. Er hat am 9. September erneut mit Schärfe zwei Pfeiler des westlichen Vertragssystems in Frage gestellt: die NATO und die EWG. De Gaulle beteuerte zwar, er bleibe der Alliierte seiner Alliierten, aber die Allianz, die ihm vorschwebt, unterscheidet sich in ihrer Struktur grundsätzlich von der NATO. De Gaulle will die Rückkehr zu den *klassischen Bündnissen* der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die zwischen souveränen Nationen abgeschlossen worden sind. Alles, was nach Integrierung der Streitkräfte in ein übernationales Instrument aussieht, lehnt er konsequent ab. Er hat darum vorsorglicherweise angekündigt, daß er nach 1969, wenn der auf zwanzig Jahre abgeschlossene Verteidigungspakt der NATO-Staaten ausläuft, einer Erneuerung nur zustimmen wird, wenn diese die nationalen Souveränitäten respektiert.

Analog zur NATO ist die Haltung de Gaulles gegenüber der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Auch hier wendet sich de Gaulle mit Verachtung von dem «Areopag der Technokraten» in Brüssel ab. Keinesfalls will er, daß künftig in wichtigen Entscheiden der EWG *Mehrheitsbeschlüsse* gefaßt werden können, die unter Umständen Frankreich majorisieren würden. Auch hier möchte der französische Präsident, daß das Vetorecht Frankreichs gewahrt bleibt.

Die Reaktion auf die Äußerungen de Gaulles ist begreiflicherweise in der ganzen westlichen Welt eine weitgehend negative. Die Politik des französischen Präsidenten wird als *Anachronismus* empfunden. Tatsächlich stellt de Gaulle all das in Frage, was nach 1945 von den freien Nationen als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden ist — der rechtzeitige Zusammenschluß der zur Verteidigung bereiten Länder gegenüber einem potentiellen Angreifer und die Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos, das bereits im Frieden das Verteidigungspotential der Bündnispartner zu koordinieren sucht. Es stimmt, daß die NATO auf diesem Gebiet über erste Ansätze nie hinaus gelangt ist. Tatsächlich beruht auch heute noch die Bedeutung der NATO fast ausschließlich auf der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten. Was de Gaulle als Gegengewicht in die Waagschale werfen kann, seine projek-

tierte «Force de frappe» ist heute noch kein ernstzunehmender Faktor, und sie wird es auch nach menschlichem Ermessen 1969 oder 1970 noch nicht sein.

Die Bedeutung von de Gaulles Absage an die NATO und die EWG liegt wohl vor allem in der *Konfrontation mit der Realität.* Der französische Präsident hat den supranationalen Konstrukteuren mit brutaler Offenheit in Erinnerung gerufen, daß der *Nationalismus* auch heute noch in der Welt eine Kraft ist, die sie in ihre Kalkulationen einbeziehen müssen. De Gaulle hat damit viele Illusionen zertrümmert, aber er hat auch manche Technokraten der Integration auf den Boden der Tatsachen zurückgezwungen. Gerade in der Schweiz, die den supranationalen Zusammenschlüssen zwar wohlwollend, aber seit jeher doch auch mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand, wird man für de Gaulle einiges Verständnis aufbringen, auch wenn man die Schroffheit bedauert, mit der der französische Staatschef hoffnungsvolle Ansätze einer neuen zwischenstaatlichen Kooperation zertrümmert.

Wahlsieg Erhards

Im Gegensatz zu diesen Zeichen der Lockerung und Auflösung langjähriger Vertragsgefüge steht der eindeutige *Wahlsieg*, den die Christlich-Demokratische Union am 19. September in der Bundesrepublik erfochten hat. Damit hat das deutsche Volk zum fünften Male der gleichen Partei die Führung der Regierungsgeschäfte anvertraut. Allen Voraussagen zum Trotz, die von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der CDU und den Sozialdemokraten sprachen, zeigte es sich in der Wahlnacht von Anfang an, daß die CDU mit großem Vorsprung an der Spitze lag und es der SPD wiederum nicht gelungen war, einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen. Zwar machten die Sozialdemokraten in fast allen Ländern Fortschritte, aber sie reichten nicht aus, um über die Grenze von 40 Prozent zu kommen. Die Partei bleibt damit für weitere vier Jahre auf die *Oppositionsbank* verbannt.

Man kann den Erfolg der CDU ohne weiteres als *persönlichen Sieg Bundeskanzler Erhards interpretieren.* Im Laufe des Wahlkampfes zeigte es sich immer deutlicher, daß Erhard, trotz zahlreicher politischer Mißgriffe, die ihm in den zwei Jahren seiner Kanzlerschaft unterlaufen sind, nach wie vor mit Abstand der populärste deutsche Politiker ist. Erhard hat diesen Vorteil auszunützen verstanden. Er präsentierte sich seinen Wählern als der Vater des deutschen «Wirtschaftswunders», als der Garant der wirtschaftlichen Prosperität und Stabilität. Das deutsche Volk ist ihm gefolgt und hat ihn mit einem überwältigenden Vertrauensbeweis in seinem Amte bestätigt. Daß es der CDU nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit zu erringen, darf als Wunsch der Wähler interpretiert werden, die bisherige bürgerliche *Koalition* zwischen der CDU und einer etwas schwächeren und in ihren Ansprüchen vielleicht auch bescheideneren FDP weiterzuführen. Die *Freien Demokraten* haben sich jedenfalls, trotz des starken Stimmenschwundes, in dieser Wahl erstaunlich gut zu behaupten vermocht; sie werden auch weiterhin in der Lage sein, im Bonner Parlament das Zünglein an der Waage zu spielen.

Niemand wird sich jedoch darüber hinwegtäuschen, daß für Erhard die Schwierigkeiten erst kommen werden, wenn er sein *neues Kabinett* zusammenzustellen hat. Eine Menge personeller und sachlicher Forderungen wird auf ihn einstürmen, und seine Standfestigkeit dürfte auf eine harte Probe gestellt werden. Er kann dieser Prüfung jedoch mit Ruhe entgegensehen im Bewußtsein des ihm vom Volk am 19. September so nachdrücklich bestätigten Mandates. Die Wahl hat erneut gezeigt, daß der deutsche Wähler nach den bitteren Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre allen Experimenten abhold ist und den Wunsch hat, dem nach den Kriegszerstörungen wieder aufgebauten Land auf lange Frist hinaus eine stabile Regierung zu geben.

Fabius

SIEG ODER NIEDERLAGE NASSERS IN JEMEN

Der nachfolgende Artikel wurde verfaßt, kurz bevor König Feisal von Saudiarabien und Präsident Nasser am 24. August in Djidda ihre Vereinbarung über die Einstellung der Kämpfe in Jemen und den Rückzug der ägyptischen Truppen abschlossen. Obwohl der Autor dieses Ereignis nicht mehr berücksichtigen konnte, scheint uns der Beitrag eine interessante Analyse der Geschehnisse in Jemen zu sein, die auch nach der neuesten Wendung ihre Aktualität behalten hat. *Die Redaktion*

Jemen und Nasser sind weiterhin die beiden kritischen Faktoren im politischen Geschehen des arabischen Ostens. Die Anhänger des ägyptischen Präsidenten sehen in ihm einen modernen Heiligen und Befreier, seine Gegner aber einen zeitgenössischen Pharaonen, der die ganze arabische Welt samt ihren reichen Ölvorkommen unter seine Herrschaft zu bringen sucht, indem er die Schlagworte arabische Einheit und Antikolonialismus für seine eigenen Zwecke mißbraucht.

Im Hauptquartier des royalistischen Oberbefehlshabers Emir Mohammed Ben Hussein, wo auch Seif El Islam (Schwert des Islams), Premierminister Hassan Ben Jahia, anzutreffen ist, herrscht verständlicherweise die Ansicht vor, daß Nasser ein ganz gewöhnlicher Usurpator ist, dessen Tage in Jemen gezählt sind. Auf meiner ausgedehnten Reise durch die von den Royalisten besetzten Gebiete konnte ich überall Anzeichen entdecken, daß großangelegte Aktionen gegen die ägyptischen Invasoren in Vorbereitung sind, deren Bestände nun die große Zahl von 52 000 Mann erreicht haben. Die jüngsten Siege der Royalisten in Arhab und in der Gegend von Nehm und Khaulan, wo die ägyptischen Truppen schwere Verluste zu verzeichnen hatten, bestätigen die Vermutung, daß die Streitkräfte des Imams eine Entscheidung in der nun schon drei Jahre dauernden, scheinbar ausweglosen Situation herbeiführen wollen.

Der neue initiative Geist manifestiert sich in einer Erklärung des Imam Mohammed El Badr, des geistigen Führers der Royalisten, der den Übernamen «Höhlenkönig» trägt, weil er seit langer Zeit in Höhlen wohnt, die ihm den sichersten Schutz vor Fliegerangriffen und andern Kriegsgefahren bieten. Ich hatte zweimal Gelegenheit, den Imam zu interviewen, der ein hochgewachsener, imposanter Mann von angenehmer Wesensart ist, ganz verschieden von seinem lauten, tyrannischen Vater, dem verstorbenen König und Imam Ahmed, mit dem er sich in politischen Dingen nicht gut verstanden hatte. Als Kronprinz wurde er mehrmals zur Strafe für seine politische Widerspenstigkeit unter Hausarrest gestellt.

Imam Mohammed hat die ägyptischen Flieger beschuldigt, die Bewohner der Dörfer Djebel Ra'azeh und Haradt während ihres traditionellen Gemeinschaftsgebets am Eid El Fitr, am Tag nach der mohammedanischen Fastenzeit Ramadan, mit Bomben angegriffen zu haben. Der Aufruf des Imams an seine Gläubigen lautete: «Macht euch an allen Fronten auf Notstandsmaßnahmen gefaßt. Seid wachsam. Schlagt den Angreifer mit doppelter Kraft zurück und sorgt dafür, daß alle jene, die mit dem Feuer spielen, sich selber die Finger daran verbrennen.»

Die ungewöhnlich energisch lautende Direktive des Imams hatte ihre Ursache auch darin, daß die Ägypter im Verdacht standen, im Kampf um Arhab ein bestimmtes Giftgas verwendet zu haben. Dieses Gas wird in Kanistern abgeworfen, denen beim Aufprall am Boden Dämpfe entweichen, welche Pflanzen vernichten, vorübergehende Erblindung hervorrufen und unbedeckte Körperstellen verbrennen. Beobachter neigen zur Annahme, daß es sich bei diesem Gas um ein Mittel der chemischen Kriegführung handelt, das von den Russen an der jemenitischen Kampffront ausprobiert wird.

Nassers Glück hat sich seit dem vergangenen Sommer radikal gewendet. Nicht nur hat er keine Gebietseroberungen von Bedeutung mehr zu verzeichnen, er hat sogar eine ganze Anzahl wichtiger strategischer Stützpunkte wieder verloren, wie zum Beispiel Djebel Ra'azeh, von wo aus er den

Imam vom Nachschub aus Saudiarabien hatte abschnüren wollen. Ra'azeh befindet sich wieder in royalistischen Händen. Anderswo haben die Royalisten ägyptische Stützpunkte gestürmt, von denen aus Generaloffensiven geplant waren.

Verlust des ursprünglichen Goodwills

Verfolgt man die Entwicklung um einige Jahre zurück, so läßt sich nicht leugnen, daß das republikanische Regime des Marschalls Abdullal Sallal, das am 26. September 1962 errichtet und von allem Anfang an von Ägypten unterstützt wurde, in jenen Kreisen der Bevölkerung von Sanaa, Hodeida und der südlichen Regionen ein beträchtliches Maß an Goodwill voraussetzen durfte, die unter den früheren Imams und dem Mißbrauch ihrer Macht als religiöse Führer zu leiden gehabt hatten. Die Bevölkerung jener Gegenden war mehrheitlich schafiitisch und gehörte der Sekte der Sunniten an. Die Zeidi, die Schiiten sind und den Norden des Jemens bewohnen, hatten sich in früheren Zeiten als Herren der Schafiiten aufgespielt, weshalb seit Jahrhunderten eine erbitterte Feindschaft zwischen den beiden Teilen des jemenitischen Volkes bestand. Die Schafiiten begrüßten daher die Aussicht auf einen Regierungswechsel, auf zeitgemäße Reformen und auf die soziale Revolution, die Nasser ihnen versprach. Vor allem aber wünschten sie, Rache zu nehmen an den herrschenden Zeidi und unter dem neuen republikanischen Regime die politische Gleichberechtigung zu erlangen.

Schafiiten und andere Jemeniten, die aus dem Ausland heimkehrten, stellten fest, wie rückständig, primitiv und isoliert von den Strömungen der Welt ihre eigene Heimat noch war. Der Wunsch, an der modernen Entwicklung teilzuhaben und zugleich die historischen Traditionen zu wahren, beseelte die intellektuellen und fortschrittlichen Kreise sowohl der Schafiiten als auch der Zeidi. Vor allem die Schafiiten sahen in Nasser den Befreier und sozialen Reformer. Kurz, Nasser galt als Favorit mit großen Gewinnchancen, als er mit seiner Flugwaffe und seiner Armee nach dem Jemen kam.

Daß er in der Zeit seit September 1962 sein enormes Kapital an Goodwill vertan hat und nun von den Zeidi und Schafiiten gehaßt anstatt verehrt wird, ist unschwer zu erkennen. Die meisten Führer der Schafiiten sind entweder in Kairo im Exil oder im Gefängnis, wenn sie nicht schon längst wieder zu ihren Stämmen zurückgekehrt sind und sich weigern, die ägyptische Marionettenregierung anzuerkennen. Manche Stämme, die Nasser anfänglich unterstützten — zum Teil, weil sie mit Geldspenden bestochen worden waren —, haben sich nun gegen ihn gewendet, weil die Zahlungen ausblieben, aber auch wegen des brutalen und arroganten Verhaltens der ägyptischen Soldaten, Offiziere und Bürokraten. Das Land wird nicht mehr von den Jemeniten selbst regiert, sondern von fremden Herren, die von der einheimischen Bevölkerung als unerwünschte Usurpatoren betrachtet werden.

Das Land befindet sich in einer wirtschaftlichen und politischen Krise. Allenthalben herrscht Arbeitslosigkeit, die Reformversprechen sind unerfüllt geblieben, die staatlichen Beamten haben seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen. Der Sold der republikanischen Wehrmacht ist fünf Monate im Rückstand, was zahlreiche Offiziere und Soldaten zur Desertion veranlaßt. In Aden unterhielt ich mich mit vielen früheren Angehörigen der republikanischen Armee, welche die Grenze des kolonialen Territoriums überschritten hatten und unterwegs waren, sich der Streitmacht des Imams anzuschließen. Alle administrativen Posten sind wiederum von Zeidis besetzt, während die Schafiiten samt ihren Träumen von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung nach fernen Provinzorten wie Taiz verbannt wurden. Die Schafiiten fühlen sich verraten und wenden sich in ihrem Zorn gegen Nasser.

Der republikanische Jemen steht faktisch ganz unter der Herrschaft Kairos. Die Anwesenheit eines starken Kontingents ägyptischer Geheimpolizei, zahlloser Bürokraten und des 52 000 Mann zählenden Expeditionskorps, zusammen mit den schätzungsweise 6000 jemenitischen Soldaten, die in ägyptischen Militärschulen ausgebildet und

politisch beeinflußt worden sind, bietet die nötige Gewähr dafür, daß den Befehlen Nassers auch wirklich nachgelebt wird. Die Jemeniten, die Ministerposten innehaben, dienen als bloßes Aushängeschild. Die ägyptische Übernahme der Regierungsgewalt geht viel weiter als in Syrien, das Ziel aber ist dasselbe, nämlich eine Ägyptisierung des Landes. Die Parallele in den Methoden und Zielen ist augenfällig. Jemenitische Beamte werden genau wie in Syrien als Marionetten behandelt und von den Ägyptern, die sich ihnen aus unerfindlichen Gründen hoch überlegen fühlen, überhaupt nicht als ebenbürtige Partner betrachtet.

Kurz, die Verhältnisse in Jemen haben sich seit 1962 grundlegend geändert. In dieser kurzen Zeitspanne ist Nassers Prestige gewaltig gesunken, und es macht keineswegs den Anschein, als ob der Verlust an Ansehen wieder wettgemacht werden könnte.

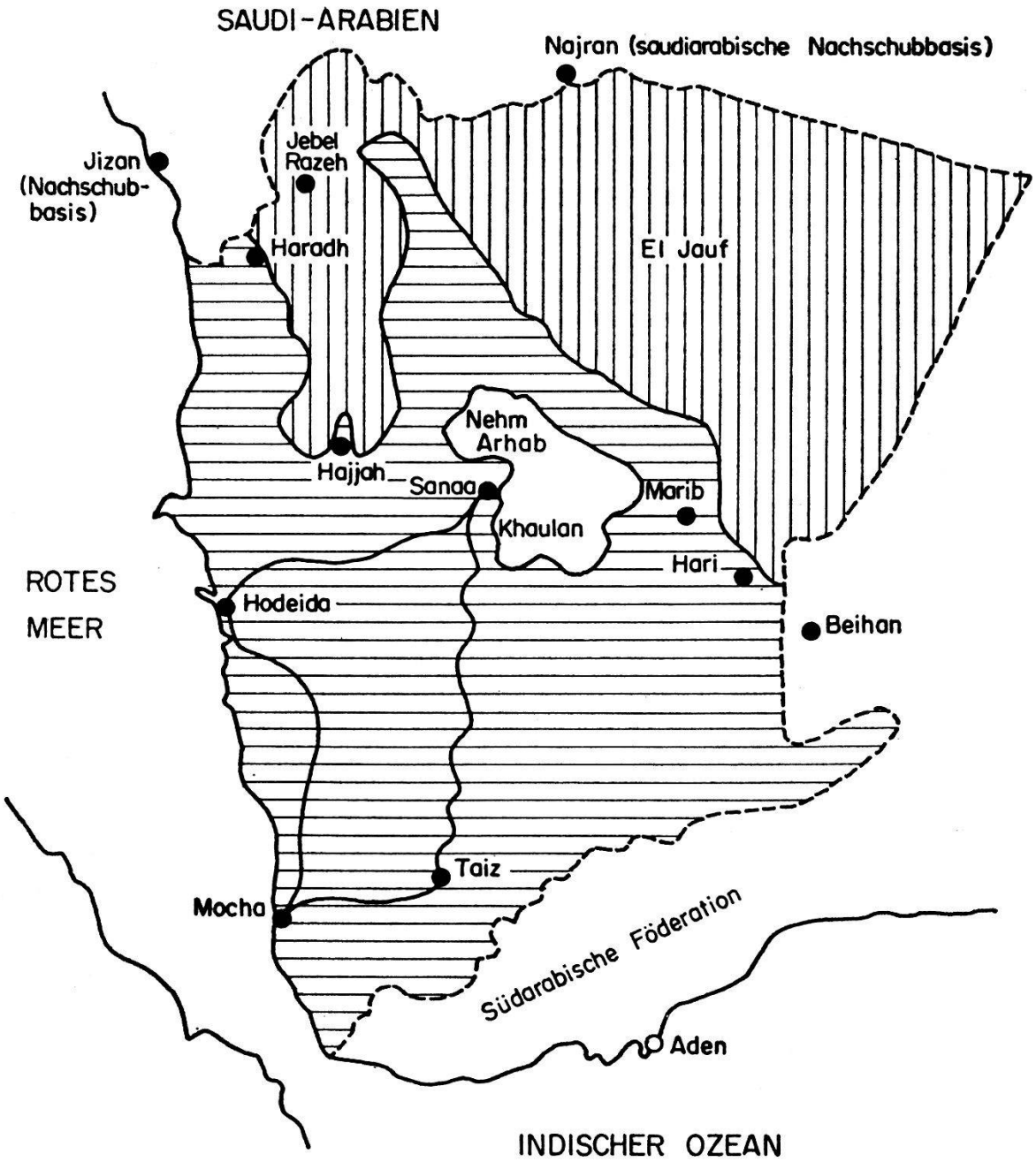
Die ägyptische Armee

Auf dem Kriegsschauplatz sind die ägyptischen Truppen den Beweis ihrer Kampftüchtigkeit bis jetzt schuldig geblieben, denn sie werden von Kriegern in Schach gehalten, die barfuß kämpfen oder billige Sandalen aus Hongkong tragen und nur mit Gewehr und «Jambiya», dem furchterregenden gebogenen Dolch der Araber, bewaffnet sind. Die anfänglichen Erfolge der Ägypter sowohl auf militärischem wie auf politischem Gebiet wurden alle in den ersten sechs Monaten erzielt, zum Teil durch militärische Aktionen, zur Hauptsache aber mit Hilfe von Bestechungsgeldern, die an gewissenlose Stammes-Scheichs verteilt wurden, von denen es in Jemen mehr als genug zu geben scheint.

Ungefähr 45% des jemenitischen Territoriums blieb aber fest in royalistischen Händen und wird vermutlich auch in Zukunft nicht gefährdet sein, da es sich im schwer zugänglichen Gebirge und in der Wüste von Jauf befindet. Die ägyptischen Panzer können keine Berge erklimmen, und die jemenitischen Fußsoldaten wagen es nicht, sich im offenen Gelände der Übermacht der aus der Sowjetunion stammenden Panzer zu stellen. Der lange dauernde Stillstand im Kriegsgeschehen wirkt sich übrigens zugunsten der Royalisten aus, denn Nasser kann sich die täglichen Ausgaben von schätzungsweise 300 000 Pfund schlecht leisten. Ein volles Drittel der ägyptischen Armee von 165 000 Mann ist zur Zeit in Jemen eingesetzt. Die Unterhaltskosten für die jemenitischen Truppen von rund 350 000 Mann, deren Ausrüstung nur aus einem Gewehr und «Jambiya» besteht, sind im Vergleich dazu minim. Die Männer kämpfen im eigenen Land, unterstützt von einer sympathisierenden Bevölkerung, ihre täglichen Bedürfnisse sind bescheiden — etwas Mehl, Zucker, Reis und Tee. Sie stellen eine sehr bewegliche Streitmacht dar, die von keinen schweren Panzern am Fortkommen gehindert wird. Ich habe sie mit einer Behendigkeit die steilen Berghänge hinaufklettern sehen, welche diejenige von Ziegen weit übertraf. Ihre Ausdauer ist fast unbegrenzt. Zu ihrem Nachteil wirkt sich anderseits aus, daß sie über keine schweren Geschütze, keine Gebirgsartillerie und großkalibrige Flabmunition verfügen.

Je länger der Bürgerkrieg dauert und je mächtiger sich der Widerstand regt, desto mehr Truppen und Geheimpolizei muß Nasser nach dem Jemen entsenden. Es bleibt ihm keine andere Wahl, als sich mit immer geringerem Erfolg immer stärker in Jemen zu engagieren, bis ihm keine Türe mehr zu einem eleganten Rückzug offensteht.

Die militärische Position Ägyptens ist äußerst schwach. Rund ein Dutzend der von ihren Truppen besetzten Enklaven wie zum Beispiel As-Soudeh im nördlichen Jemen sind oft vom Feind vollständig umzingelt und können nur mit Fallschirmen versorgt werden. Wie verheerend sich dies auswirken kann, läßt sich am besten anhand der jüngsten Ereignisse auf dem Berg Ra'azeh illustrieren, wo die Festung, die vollständig auf Nachschub aus der Luft angewiesen war, mit katastrophalen Folgen für die ägyptischen und republikanischen Truppen eingenommen wurde. Ablenkungsmanöver zu Land und Bombardierungen aus der Luft blieben wirkungslos und vermochten die Umklammerung durch die Royalisten nicht zu lokkern. Das gleiche Schicksal dürfte auch eini-



Senkrecht schraffiert: monarchistisch ca. 45%
Waagrecht schraffiert: ägyptisch-republikanisch ca. 55%

gen andern der von den Ägyptern gehaltenen Enklaven im Innern des vom Imam beherrschten Territoriums bevorstehen.

Die wichtigste Nachschublinie der Ägypter zwischen Hodeida, Sanaa und Taiz ist schon häufig unterbrochen worden. Wenn die Royalisten ihre Anstrengungen darauf konzentrieren würden, wäre es ihnen ein leichtes, Sanaa von seiner Versorgungsbasis an der Küste vollständig abzuschneiden. Sie könnten mit einiger Zielbewußtheit auch ohne weiteres Taiz, die drittgrößte Stadt in Jemen, isolieren. Die Straße nach Saa'da, einem bedeutenden ägyptischen Stützpunkt in Nordjemen, ist aufs höchste gefährdet, da sie durch gebirgiges Gelände führt. Hundert Mann der royalistischen Kommandotruppen könnten die Zufahrt ohne Schwierigkeiten

blockieren, vorausgesetzt, daß hundert Jemeniten in westlicher Kommandotaktik ausgebildet und dazu veranlaßt werden könnten, als geschlossene Mannschaft vorzugehen.

Die Zwillingsstädte Harib und Marib, isolierte Außenposten in Ostjemen, sind durch ausgedehnte Wüstenstriche von Sanaa getrennt. Sie werden hauptsächlich durch Fallschirme versorgt, aber auch durch schwerbewaffnete Konvois, die einen weiten Umweg machen müssen, weil der direkte Weg durch die Wüste, der auf dem Kamelrücken in fünf Tagereisen bewältigt werden kann, sich in der Hand königstreuer Stämme befindet. Die beiden historischen Städte waren die letzten, die von ägyptischen Truppen eingenommen wurden, und werden vermutlich auch die ersten sein, die wieder dem Imam zufallen.

Die Hauptstadt Sanaa ist vielleicht am meisten gefährdet, denn die royalistischen Stützpunkte im nahen Khaulan-Gebirge sind nur 9,5 km entfernt und stellen eine ständige Bedrohung dar. Im Norden und Süden der Hauptstadt befinden sich der wichtigste Militär- und der größte Zivilflugplatz in Jemen, beide starrend von Flugzeugen und militärischen Einrichtungen. Sanaa ist bereits mit 75-mm-Geschützen unter Feuer genommen worden. Mit schwerer Artillerie könnte das ägyptische Hauptquartier im Stadtzentrum vernichtet und könnten die beiden Flugplätze soweit außer Betrieb gesetzt werden, daß von dort aus keine Bombardierungsflüge mehr möglich wären. Das an Sanaa angrenzende Gebiet steht unter dem Oberbefehl von Emir Abdullah Ben Hassen, des besten militärischen Führers der Royalisten.

Finanzieller Bankrott im eigenen Land

Zu Hause steht Nasser vor dem wirtschaftlichen Bankrott. Die Geldquellen der Royalisten dagegen werden solange nicht versiegen als es in Saudiarabien Erdöl gibt. Der Jemen ist Saudiarabiens vorderste Verteidigungslinie und billigste Lebensversicherung. Denn es ist der Jemen, welcher infolge des Bürgerkriegs zu leiden hat, es ist in Jemen, wo Tausende von Toten und Hunderttausende von Heimatlosen gezählt werden. Der Jemen hat sich als Pufferstaat bewährt. Die militärische Unterstützung, die Saudiarabien dem Nachbarstaat in Form von Nahrungsmitteln, Geld und Kriegsmaterial zukommen läßt, wird vermutlich unbegrenzt weiterdauern, während Nassers Finanzreserven rapid zur Neige gehen und nur mit weiterer Hilfe der Sowjetunion einigermaßen saniert werden können.

Die englische Hilfe an das belagerte Land ist unauffällig und indirekt, muß aber trotzdem als wichtiger Faktor im royalistischen Widerstandskampf gewertet werden. Nasser und seine Ratgeber rechneten zu wenig mit diesen beiden Mächten, die ein ausgesprochenes Interesse daran haben, daß der Jemen außerhalb der ägyptischen Einflußsphäre bleibt. Es war allzu optimistisch, zu glauben, die Nachbarn des royalistischen Jemen im Norden und Süden würden sich außerhalb des Konfliktes halten. Nasser vertraute auch zu sehr darauf, daß die massive militärische und finanzielle Unterstützung durch die Sowjetunion genügen würde, einen raschen Sieg herbeizuführen.

Außerdem berücksichtigte er die wichtige psychologische Tatsache nicht genug, daß Männer, die einen Partisanenkrieg in ihrem eigenen Lande führen und jeden Quadratmeter Boden kennen, mit größerem Mut und mehr Geschick kämpfen als fremde Soldaten. Die fanatisch religiösen Zeidi sind überzeugt, daß sie einen «Jihad», einen heiligen Krieg, gegen einen modernen Pharaonen führen. Sie weisen auf die Tatsache hin, daß der Prophet Mohammed voll Zorn von den pharaonischen Herrschern sprach, als deren Nachkommen sie Nasser betrachten. Dies ist einer der Gründe dafür, weshalb die Kampfmoral der Royalisten so ausgezeichnet ist.

Nasser sah auch nicht voraus, daß die Anwesenheit chinesischer und russischer Kommunisten auf der arabischen Halbinsel England und Saudiarabien zu vermehrter Hilfeleistung anspornen würde. Gegenwärtig sind beide Länder an größeren Entwicklungsprojekten in Jemen beteiligt, die den Bau von Straßen und die Erstellung einer

Textilfabrik umfassen. Die russischen Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe sollen von russischen Fachleuten instand gehalten werden, die, wie man vernimmt, auch als Piloten für Sondermissionen eingesetzt werden, wie etwa Zielübungen mit Bomben auf Höhlen im Gebirge, wo der Imam vermutet wird.

Am 11. Januar hatte ich Gelegenheit, den Obersten Jahia Hethen Raschid zu interviewen, der die Republik verlassen und in Aden um Asyl gebeten hatte. Er hatte eine dreijährige Ausbildung als Berufsoffizier an der Militärschule von Kairo absolviert, wo er sich auf Panzer spezialisierte. Später, als er als Ausbildungsoffizier in der saudiarabischen Armee Dienst leistete, wurde er für ein Studienjahr nach Fort Knox in den USA geschickt. Oberst Raschid war 30 Jahre alt, verheiratet, Vater von vier Kindern. Er machte mir einen aufrichtigen, zuverlässigen Eindruck, und mein Urteil wurde vom Offizier des englischen Intelligence-Service bestätigt, der beauftragt war, seinen Fall zu prüfen. Oberst Raschid berichtete, daß er auf dem Flugplatz Ar-Rahiba in Sanaa chinesische Piloten beobachtet habe, die russische Maschinen flogen. Als ich Näheres darüber zu erfahren wünschte, sagte Oberst Raschid: «Diese Tatsache ist nur jenen unter uns bekannt, welche das volle Vertrauen der Ägypter in Sanaa genießen. Ich kannte einige Offiziere sehr gut, weil ich zur gleichen Zeit wie sie die Militärakademie in Kairo besuchte.»

Im Lichte seiner Erklärungen hinsichtlich des Kongo und seiner Unterstützung anderer «neutralistischer» Revolutionsregierungen besehen, darf man wohl annehmen, daß Nasser, im Falle eines Sieges im Jemen, das Land in eine nach der Sowjetunion hin orientierte neutralistische Operationsbasis verwandeln möchte. Dies würde eine Bedrohung nicht nur des streng religiösen saudiarabischen Königreichs, sondern auch der Erdölinteressen des Westens vom Roten Meer bis zum Persischen Golf bedeuten. Die USA erkannten die Gefahr aber erst, als Nasser den Brand der «Kennedy Memorial Library» pries und den Yankees empfahl, sich am Wasser des Roten Meeres zu erlaben.

Nassers Erwartung, daß die jungen Jemeniten, die in ägyptischen Militärschulen ausgebildet wurden, den soliden Kern der republikanischen Armee bilden würden, hat sich nicht erfüllt. Die schätzungsweise 8000 Mann haben sich in keiner Hinsicht als Kämpfer für die Republik hervorgetan. In Aden habe ich sogar mit zahlreichen Deserteuren gesprochen, unter denen einige den Rang eines Majors innehatten. Sie berichteten, daß Hunderte von in Ägypten geschulten jungen Schafiiten sich unterwegs zu den Streitkräften des Imams befänden. Nassers enorme Investitionen in ihre politische Schulung scheint nicht die erhofften Früchte zu tragen.

John Roy Carlson

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein Sommer des Mißvergnügens

Wir stehen seit einiger Zeit in einer Phase teils freiwilliger, teils uns aufgezwungener Selbstkritik und Standortbestimmung. Die europäische Integration einerseits und die massive Häufung großer öffentlicher Aufgaben — Gewässerschutz, Straßenbau, Ausbau des Bildungswesens, Bewältigung der Konjunktur — anderseits lassen die grundsätzlichen Diskussionen nicht mehr abreißen. Im vergangenen Jahr hatten diese Auseinandersetzungen im Zeichen der Expo einen Anstrich patriotischer Besinnlichkeit, auch wenn daneben die «Mirage»-Angelegenheit für dramatische Akzente rein praktisch-politischer Art sorgte. In diesem Jahr fehlt jeder festliche Glanz. Das politische Klima scheint sich dem Wetter anzupassen. Es ist eine Zeit des Mißvergnügens, in der sich «Unbehagen» verschiedenster Art und Stärke aneinanderreihen.

Da ist zunächst die Frage einer Parlamentsreform, bei der die objektiven Schwierigkeiten noch zusätzlich dadurch gesteigert werden, daß einzelnen Kreisen das Problem gerade gut genug ist, um es durch tendenziöse Behandlung zum Vehikel ihrer Ressentiments werden zu lassen. So versuchen bei dieser Gelegenheit manche Politiker und Publizisten, ihr Mütchen an den Exponenten eines «Systems» zu kühlen, das ihnen zu klein gedacht und vor allem zu langweilig ist.

Da ist ferner das Problem der Konjunkturdämpfung, das angesichts der auf dem Spiel stehenden handfesten Interessen ein Maß an Verärgerung und Mißvergnügen heraufbeschworen hat, welches in keinem vernünftigen Verhältnis zum objektiven Ausmaß der «Konjunkturdämpfung» zu stehen scheint. Zu diesem Ergebnis kommt man jedenfalls, wenn man feststellt, daß die Teuerung weiterhin recht hohe Zahlenwerte zeigt und daß aus dem Kampf gegen die Überfremdung, der in einzelnen Zweigen von Gewerbe und Industrie so viel Staub aufwirbelte, offenbar kaum mehr als eine Stabilisierung des Bestandes resultieren wird.

Neben diesen sich über das ganze Jahr erstreckenden «Mißvergnügen» gab es in den letzten Wochen und Monaten andere, die sich genau datieren lassen.

Eine falsche Demonstration am falschen Ort zur falschen Zeit

Eines dieser Ereignisse fiel nach dem Willen seiner Organisatoren ausgerechnet auf unsern Bundesfeiertag. Am 1. August fanden sich auf dem Schlachtfeld zu Sempach über 6000 Bauern der Innerschweiz ein — nicht zum Zwecke vaterländischer Besinnung, sondern um gegen die Agrarpreispolitik des Bundesrates zu demonstrieren. Kann es ein krasseres Beispiel für den Verlust des rechten Maßes geben als diese Kundgebung? «Unser Bauernstand zählt auf das Verständnis des gesamten Schweizervolkes im Interesse des Fortbestandes unseres eidgenössischen Staates», heißt es in der zu Sempach angenommenen Resolution. Es darf mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß es, von gelegentlichen Mißtönen abgesehen, um dieses Verständnis bisher recht gut bestellt war. Wer aber hingeht und den Bundesfeiertag auf historischer Stätte dazu mißbraucht, um Interessenpolitik reinsten Wassers zu betreiben und sich dabei nicht scheut, den Bundesrat wegen zweier verweigerter Milchrappen des «Bauernmordens» zu bezichtigen, der beschwört die Frage herauf, ob dieses hohe Maß an Verständnis nicht an die Falschen verschwendet worden sei. Eine Demonstration dieser Art wäre selbst dann kaum zu entschuldigen, wenn sich der betreffende Berufsstand in einer akuten Existenzkrise befände. Doch davon kann keine Rede sein; das bewies allein schon der riesige Autopark der «notleidenden» Demonstranten rund um das Sempacher Schlachtfeld. Wenn die Innerschweizer Bauern wirklich eine weitere Kundgebung dieses Stils durchführen sollten, deren Datum «vielen noch schlechter in den Kram passen» werde, wie einer ihrer Führer breitspurig erklärt hat, dann würde sich ausgerechnet jener Stand, der unserm Staat in seinen Anfängen auf unvergleichliche Weise das Gepräge gegeben hat, in einem Ausmaß um seinen öffentlichen Kredit bringen, daß von einem wirklichen Landesunglück gesprochen werden müßte.

Die Quadratur des Zirkels

Der Unwillen über diesen grotesken Akt interessenpolitischen Kraftmeiertums darf uns indessen nicht über den Tatbestand hinwegsehen lassen, daß die Landwirtschaft wirklich ein Sorgenkind darstellt, dessen Zukunft nicht zu Unrecht zu manchen Kummerfalten Anlaß gibt — nicht nur bei uns übrigens, sondern in fast allen Industrieländern der Welt. Es sei auch nicht verhehlt, daß die Agrarpreise in einer Weise «verpolitisiert» worden sind, die kaum in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrer objektiven wirtschaftlichen Bedeutung steht. In einer Zeit, da Auto, Fernsehapparat und Ferien im Ausland schon fast zum «Existenzminimum» gehören, fällt doch wohl ein Milchrappen auch wieder nicht so stark ins Gewicht, wie jeweils fast unisono von links bis rechts be-

behauptet wird. Das rechnet sich auch der einzelne Bauer aus, und darum steigert er sich leicht in eine Verbitterung hinein.

Jenseits der psychologisch-taktischen Ebene aber tut sich der Abgrund einer Problematik auf, die sich immer mehr als eine Art wirtschaftspolitischer Quadratur des Zirkels erweist. Zwar sind sich alle Beteiligten darüber im klaren, daß die Landwirtschaft des Schutzes bedarf; aber ebenso sicher steht für die meisten fest, daß die Produktionsverhältnisse auf diesem Gebiet noch verbesserungsfähig wären. Und hier liegt offensichtlich eine Quelle des Mißbehagens, da nach Ansicht weiter Kreise in dieser Richtung bisher nicht das Menschenmögliche getan worden ist. Dafür gibt es zwei Gründe. Der eine liegt im konservativen Charakter des Bauerntums, der es ihm oft schwer macht, sich neuen Ideen und Vorstellungen zu öffnen. Der andere liegt im Umstand, daß die sogenannten Strukturverbesserungen äußerst kostspielig und daher nicht ohne breitangelegte öffentliche Hilfe möglich sind. Beide Faktoren zusammen haben in manchen — nicht in allen! — Teilen zu einer Agrarpolitik geführt, die der großzügigen Lösungen entbehrte und mit ihren Preisstützungen trotzdem nicht billig war. — Es wird schwerhalten, das Dilemma endgültig zu meistern.

Manifestation der Niedertracht

Einen weiteren Anlaß zu tiefstem Mißvergnügen bot in der Berichtsperiode das «Fest des jurassischen Volkes» vom 12. September in Delsberg. In der letzten Rundschau hatte unter dem Titel «Verständnis und Sachlichkeit» auf einen erfreulichen Ansatz in der Jurafrage verwiesen werden können: den staatsrechtlichen Expertenbericht zu den Vorschlägen der Députation Jurassienne, verfaßt von den Professoren Huber und Imboden sowie alt Bundesrichter Python. Die Gutachter taten alles, um den Boden für erfolgversprechende Verhandlungen vorzubereiten, und begnügten sich dabei nicht mit einer formaljuristischen Analyse, sondern entwickelten wo immer möglich rechtlich tragbare Alternativlösungen, wenn einzelne Vorschläge staatsrechtlich anfechtbar waren.

Nun haben die Separatisten auf ihre besondere Art kund getan, was sie von diesen Bemühungen halten. Am «Fest des jurassischen Volkes» fand ein Umzug statt, in dem die Regierungsräte Moine und Huber (die beiden Jurassier in der Berner Regierung) am Galgen baumelnd, Bundesrat Chaudet aber torkelnd unter den Schlägen einer Fahnenstange dargestellt wurden. Das Seitenstück zu diesen ruchlosen Eskapaden bildeten die Reden der Separatistenführer Schaffter und Béguelin, die einmal mehr alle bisherigen Anstrengungen unter den Tisch wischten und unverblümt an das Ausland appellierten. Sie haben damit erneut demonstriert, daß es ihnen gar nicht mehr um eine Lösung mit den verfassungsmäßigen Mitteln unseres Rechtsstaats zu tun ist. Es zeigte sich aber auch aufs neue, daß diese Demagogen faschistischen Zuschnitts nach wie vor auf eine fanatisierte Anhängerschaft zählen können, die jede Beziehung zur schweizerischen — auch zur übrigen welschen — Umwelt verloren zu haben scheint.

Der Tag der Auslandschweizer

Am letzten Augustwochenende fanden sich in Solothurn gegen vierhundert Angehörige der «Fünften Schweiz» zum 43. Auslandschweizertag ein. Ob es ein bloßer Zufall ist, daß auch dieser Anlaß, der seiner Natur nach eher festlich ist, dieses Jahr deutliche Symptome eines Mißvergnügens aufwies? Es stand die Präsenz der Schweiz im Ausland zur Diskussion. Verschiedene Redner stellten dabei fest, was auch hierzulande jenen, die nicht nur zu Ferienzwecken ins Ausland reisen, seit Jahr und Tag bekannt ist: Die Schweizer werden zwar nach wie vor manchenorts geachtet, beliebt aber sind sie nicht besonders. Es fragt sich allerdings, ob es zu andern Zeiten wirklich viel anders war. Betrachtet man die ausländischen Zeugnisse der Bewunderung etwas genauer, so stellt man fest, daß sie sich von jeher weit mehr auf die landschaftlichen Idylle und die Vorbildlichkeit der staatlichen Organisation als auf die Be-

wohner bezogen haben. Das mag mit unserer nicht gerade überschäumend geselligen Art, aber auch damit zusammenhängen, daß die im ganzen glückliche Bahn unseres Geschicks verständlicherweise Gefühle des Neides herausfordert.

Teils heftige Kritik wurde sodann an den Bemühungen der Heimat um eine angemessene Information des Auslandes über die Schweiz geübt: Das Kulturelle komme dabei zu kurz; «Pro Helvetia» und Politisches Departement seien zu wenig aktiv. Nun läßt sich nicht bestreiten, daß eine massiv erhöhte Aktivität nützlich wäre; und manches wird auch wohl noch zusätzlich getan werden müssen. Man muß sich aber anderseits darüber im klaren sein, daß wir auf dem Gebiet der «kulturellen Außenpolitik» als Kleinstaat niemals werden mit den Großen dieser Welt konkurrieren können. Doch letzten Endes ist nicht diese Art rein propagandistischer Ausstrahlung entscheidend, sondern jene, die von der Realität eines geordneten Staatswesens und einer gesunden Wirtschaft selbst ausgeht.

Zwei Staatsmänner von Format

Am 21. und 23. August gedachte das Schweizervolk zweier Staatsmänner, die ebenfalls in Zeiten des Mißvergnügens zu wirken hatten und dabei ihre hohe Aufgabe in der Landesregierung auf beispielgebende Weise erfüllten: Hermann Obrecht und Rudolf Minger. So verschieden sie in ihrer Art waren, so sehr gaben sie beide zusammen der schweizerischen Politik in den schwierigen Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ihr Gepräge. Der Solothurner Obrecht, dessen 25. Todestag auf den 21. August fiel, amtierte zwar nur fünf Jahre an der Spitze des Volkswirtschaftsdepartements. In dieser knapp bemessenen Zeit aber schuf er das «kriegswirtschaftliche Milizsystem» und erreichte so, daß unser Land bei Kriegsausbruch über eine kriegstaugliche Wirtschaftsorganisation verfügte — ein Tatbestand, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychologisch von größter Bedeutung war. Hermann Obrecht war es auch, der im März 1939 in Basel das richtungweisende Wort in einer Atmosphäre der Unsicherheit fand, als er unter dem Eindruck der Überrumpelung Österreichs und der Tschechoslowakei durch Hitlers braune Heerscharen ausrief: «Wer unsere Unabhängigkeit angreifen sollte, dem wartet der Krieg. Es wird in der Schweiz nicht vorkommen, daß wir zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.»

Am 23. August jährte sich der Todestag Bundesrat Mingers zum zehntenmal. Minger gelang das militärpolitische Gegenstück zur Wirtschaftspolitik Obrechts. Mit seiner zielbewußten und zugleich außerordentlich volkstümlichen Art trug er entscheidend dazu bei, daß die in den dreißiger Jahren weitverbreitete Armeefeindlichkeit rechtzeitig überwunden und der Wehrwille gestärkt werden konnte. Vom Bauernführer wuchs er zu einem Staatsmann empor, der als Chef des Militärdepartements schließlich auch das Vertrauen weiter Kreise der Arbeiterschaft gewann und auf diese Weise half, die Reihen der geistigen Abwehrfront noch vor Kriegsausbruch zu schließen.

Spectator